

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Exemplar 50 Pf.
Die Post begleitet 1/4
Gingertagen im die Post
Leitungsliste Nr. 6454.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehaltsstellen-Anzeigen die
3 geplante Kolonie-Zelle
50,-
Werbeanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Bren.
Druck von C. A. S. Müller & So., beide in Hannover.

Berantwortliches Redakteur: H. Schneider, Hannover.

Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Wallstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenen-Fürsorge.)

Von Dr. L. Siebel.

Eine der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik ist die Regelung der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger. Mit der Zahlung einer entsprechenden Rente ist die Pflicht des Vaterlandes keineswegs erfüllt; auch dann nicht, wenn die Rente der Invaliden, wie die Sozialdemokraten im Reichstag beantragt, unter Berücksichtigung ihrer sozialen Stellung und ihres seitherigen Einkommens Zusätze erhalten.

Schaffenden Menschen, die im Kriege, der ihnen die gesunden Glieder räubte oder sonst ihre Gesundheit zerstörte, den höchsten Ansprüchen an ihre körperliche und seelische Leistungsfähigkeit genügten, würde es unerträglich sein, sollten sie entweder dauernd aus dem Produktionsprozeß ausscheiden oder mit unwichtigen Handlangerarbeiten beschäftigt werden. Ihnen sowohl wie menschenmöglich die Arbeitsfähigkeit wiederzugeben, ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Klugheit, so zu verfahren erfordert die Rücksichtnahme auf die Invaliden und auf die Gesamtheit, die die Arbeitskraft so vieler Tausende, wenn auch eine verminderde, nicht entbehren kann.

Mit all den sonstigen Nachteilen des Krüppeltums und der Invalideität, mit all dem Seelenleid, das sich in den tiefsten Winkel des Herzens eingenistet, mit der Bitterkeit, die sich nur zu leicht in die Seele des furchtbaren Verunstalteten fräß, müssen die Verstümmelten ja ohnehin allein fertig werden! Um so mehr muß die ärztliche Kunst unter Ausnutzung aller wissenschaftlichen Erfahrung und aller verfügbaren technischen Hilfsmittel ihr Bestes leisten, und der Staat darf dabei unter keinen Umständen mit Gelbmittel trüpfen. Er hat auch die Pflicht, in eigenen Werkstätten für die Invaliden die Möglichkeit zu schaffen, sich die nötige manuelle Geschicklichkeit anzueignen, und ihnen notigenfalls Arbeitsgelegenheit zu geben.

Allein die Herstellung aller möglichen Auslastungsgegen-

stände, beziehungen, landwirtschaftliche Ausnahmefreizeit und dergleichen. Welch schwere Kämpfe es darum geben wird, lassen die Räden der Kirdorf, Westarp und anderer bereits erkennen.

Durch den Eintritt Lausender von Kriegerwitwen in die Erwerbsarbeit und ihre Bedürfung mit der dreifachen Last der Mutterpflicht, der Haushaltung und der Erwerbsarbeit wird wiederum hell beleuchtet, welch eine Fülle sozialer Pflichten auch die Gemeinden noch zu erfüllen haben, um in der Gegenwart den lohnarbeitenden Frauen ihre Röte zu erleichtern und der heranwachsenden Jugend Pflege und Erziehungsmöglichkeiten zu sichern, die für die Kreise der Minderbemittelten heute weder das Haus noch die Schule zu bieten vermag, und am allerwenigsten das Haus, die Familie, wo auch noch der Vater fehlt. Alle Forderungen von uns erhalten damit eine größere Dringlichkeit:

Schaffung von Säuglingsheimen, Kindergarten und Kindertorinen, die unter Leitung guter Pädagogen zur unentgeltlichen Benutzung offen stehen;

Obligatorische Schulspeisung, Errichtung von Schulbädern, Anstellung von Schulärzten und anderes mehr;

Hand in Hand damit ein erweiterter Kinderschutz und eine Reform der Schule im Sinne der Einheits- und Arbeitsschule.

Das wären gleichzeitig hoffnungsvolle Ansätze zur planvollen Regelung des ganzen Erziehungswesens im sozialistischen Sinne; wobei die Schule und ihre kommunalen Vorstufen, also die öffentliche Erziehung, mit dem Rüstzeug der pädagogischen Wissenschaft und mit dem Ziel der harmonischen Ausbildung aller guten Anlagen des jungen Menschen zum Staatsbürger Hand in Hand arbeitet mit der Familie, die als Wertvollstes all das Sinnige, das Individuelle, das fittlich Starke, das im höchsten Maße eben nur die Nächsten, die Überwohnten zu geben vermögen, hinzu tut, um die kraftvolle Persönlichkeit zu formen.

Eine lebhafte Agitation für die Fortführung des gesamten Arbeiterschutzes, für die Schaffung und Weiterentwicklung der besprochenen kommunalen und staatlichen Einrichtungen wird einzusehen müssen, sobald die politischen Zustände dies gestatten.

Das Koalitionsrecht während des Krieges.

Unter obigem Titel schreibt Herr Georg Streiter, der Vorsitzende des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und Pflegerinnen — einer Organisation, die nicht „Klassenkämpferisch“ ist und durchaus auf nationalem Boden steht — in der „Sozialen Praxis“:

Als zu Anfang des Krieges eine Reihe von Beschlüssen und Schreiben einflussreicher Behörden hinsichtlich der Vereins- und Versammlungsfreiheit politischer oder politisch kein stehender Vereine und Gewerkschaften bekannt wurden, die dem Ernst der Zeit entsprechend, den vielen Verwaltungsstreitverfahren ein Ende bereiteten, wandte ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und Pflegerinnen (einer christlich-nationalen Gewerkschaft) an eine Reihe von preußischen Landeshauptleuten, die in Friedenszeiten die Organisierung des ihnen unterstellten Krankenpflegepersonals mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verboten hatten, mit einer Eingabe, die — absichtlich — manchen besonders gut gelungenen Satz aus einigen der erwähnten behördlichen Beschlüssen und Schreiben enthielt und auf eine Aufhebung der Koalitionsverbote für das Pflegepersonal hinzielte. Welcher Art diese Koalitionsverbote sind, ist ebenfalls in der „Soz. Praxis“ und an andern Stellen, ja selbst im Parlament, geschildert worden. Allerhand Zwangsmäßigkeiten, als schlimmste die Entlassung, wurden angedroht. Sämtliche bisher gewährten Vergünstigungen, wie Bezug von Lebensmitteln und Kleidern von der Anstalt, ja sogar Wohnungsgeldentlastungen, sollten hinfällig werden, sobald das Pflegepersonal sich einem Berufsverband, besonders dem von mir geleiteten, anschloß.

Auch für die Hinterbliebenen ist die Fürsorge keineswegs erschöpft durch die Rente, die ihnen zusteht, denn von dieser können sie nicht leben. Wollten wir die notwendige Fürsorge, die daneben einzutragen muss, eingehend besprechen, so müßten wir das große, weitgespannte Problem des Arbeiterinnen- und Kinderschutzes aufrollen. Denn der größte Teil der Kriegerwitwen wird zur Erwerbsarbeit greifen müssen, um leben zu können. Ganz gleich, ob sie zu den Intellektuellen zählen, ob sie aus den Kreisen der Kleinbetreibenden, der kleinen Beamten oder aus denen der Arbeiter stammen.

Soweit sie als Arbeiterinnen ihr Brot verdienen müssen, sind sie von vornherein all den Nebeln ausgesetzt, die mit der Lohnarbeit verbunden sind und die sich ergeben aus der Verbindung von Beruf, Mutterhaft und Haushaltung. Die Gefahren der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der kapitalistischen Ausbeutung sind für die Lohnarbeitende Kriegerwitwe nicht etwa weniger groß, weil sie in der Rente ein bestimmtes Einkommen garantiert hat. Die unersättliche Profitier des Kapitals wird zweifellos energische Bemühungen machen, diesen Umstand auszunutzen, sie selbst mehrgeizig zu entlohnen und als lohnwidriges Element gegen die übrigen Arbeiterinnen auszuspielen. Hiergegen kann sie und die Arbeiterschaft lediglich die Macht der Organisation und jene Schranken schützen, die durch den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz gezogen ist. Auch wird die Organisation ihre heile Berufsschwestern sein. Eine starke, unermüdliche Arbeitsschutz für den gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß muß deshalb ergänzt werden durch die Ausübung des bestehenden Arbeiterinnenschutzes und die Propaganda für seinen Ausbau und seine Ausdehnung auf alle Arbeiterinnen: hauswirtschaftliche, landwirtschaftliche, Heimarbeitserinnen, Arbeiterinnen in Kleinbetrieben und im Handelsgewerbe. Dazu gehört natürlich auch die Befreiung aller gesetzlichen Hemmnisse des Koalitions- und Streitrechts. Geden-

) Wir entnehmen diesen Aufsatz mit Genehmigung der Verfasserin und der Redaktion dem 21. Ergänzungsbetrag des „Neuen Zeits.“, in dem Gengenbachs Beitrag das Thema „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ in ganz vorzüglicher Weise behandelt.

wird jedenfalls weniger gefordert, wenn sich Untergebene mit begründeten Anliegen an vorgesetzte Behörden wenden, als wenn sie weit verzweigte Vereinigungen bilden, auf die der Staat oder der anstellende Landesteil keinen Einfluß ausübt. Freiherr v. Senfft-Pilsach.“

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen schreibt:

„Auf Ihre Eingabe erwidere ich ergeben, daß nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen ein Bedürfnis zur Abschaffung der Dienstanweisung für das Pflegepersonal in der Landeshauptstadt Wettin nicht vorliegt. Ich bedauere daher, Ihrem Wunsche nicht näher treten zu können. von Wilmersdorff.“

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg schreibt:

„Es ist nicht beabsichtigt, während der Friedenszeit zwischen mir und meinen Beamten durch Ausschaffung irgendwelcher Störungen von ihnen zu gefährden, und ich bin weit entfernt davon, in der sorgfältigen Pflege dieses Verhältnisses ein Hindernis einzustellen. Zusammenstehen der Nation, wie wir es jetzt erleben dürfen, zu erblicken.“ von Wintersfeldt.“

Der Landeshauptmann in Hessen schreibt:

„Ich muß auf meinen absehbaren Beschluß vom 27. November 1913 verwiesen und kann in der gegenwärtigen Kriegszeit dem Wunsche des Vereins um so weniger entsprechen, als ein großer Teil der Pfleger des Landeshospitals Haina zur Fahne einberufen ist, für welche die Verwaltung die größte Fürsorge (? Der Verf.) bestätigt.“ F. L. von Dohn-Rothschild.“

Selbst der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen kann seinen Standpunkt nicht ändern. Auch das Landesdirektorium der Provinz Hannover hält den jetzigen Zeitpunkt, wo eine große Zahl der Wärter im Felde steht, nicht für geeignet, die Angelegenheit zu erörtern.“

Von diesen klassischen Bezeugen der Kriegszeit kann man einstweilen leider nur mit Bewundern Kenntnis nehmen. Ob in dieser Zeit, wo das silbe Heldentum der Krankenpfleger und Pflegerinnen überall seine Triumphe feiern kann und mancher geächtete frühere Vertrauensmann meines Verbandes sich die schönste Auszeichnung dieses Krieges auf die Brust hesten darf, durch solche ernste Bitterkeit auslösenden Schreiben die „Einheit der Nation“ gefordert wird, kann wohl füglich bezweifelt werden.

So weit Herr Streiter. Seine Plagen erscheinen uns schon deshalb weiterer Verbreitung weit, weil sie zeigen, daß die Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter selbst in solchen Kreisen noch fortbesteht, die eigentlich in erster Linie verbünden wären, aus den Worten des Kaisers und den Erklärungen hoher Regierungsvertreter die Konsequenzen zu ziehen. Wenn dem aber so ist, so kann es höchstlich niemand wundernehmen, daß große und bedeutende Unternehmungen sich auch nicht zu einer andern Würdigung der Gewerkschaften bequemen wollen.

Wir berichten an andrer Stelle in dieser Nummer darüber, wie die Leitung der Köln-Rottweiler Pulverbärfabriken das Ersuchen der christlichen Bezirksleitung um Aufhebung des Koalitionsverbotes ablehnt. Angesichts einer solchen Haltung der Unternehmer ist es erklärlich, wenn das Organ des christlichen graphischen Zentralverbandes schreibt:

„Bei Rücksicht auf den allgemeinen Burgfrieden kann man aus dieser Haltung der Unternehmer gewiß nicht erkennen; im Gegenteil, eine härtere Tonart gegen die berechtigten Arbeitersforderungen und eine schärfere Absehung der Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages ist auch vor dem Kriege nicht zu verzeichnen gewesen. Die Gewerkschaften werden diese Verlaubbarungen der Unternehmer führen und ihre Qualität demgemäß einrichten.“

Das ist ganz unsre Meinung!

Noch ein lehrreicher Briefwechsel.

Die Köln-Rottweiler Pulverbärfabriken sind bekannt als ein äußerst rentables, kapitalistisch national und international stark verfülltes, der Arbeiterschaft gegenüber nichts weniger als vorbildliches Unternehmen. Wir haben vor einigen Jahren eingehend darüber berichtet, daß und wie die Leitung des Unternehmens in Rottweil die Arbeiterschaft des Betriebes selbst von den christlichen Gewerkschaften fernhielt. Als das christliche Gewerkschaftskartell in Rottweil damals die Arbeiter zu einer Versammlung einlud, wurde in der Fabrik eine Bekanntmachung angeschlagen, in der es hieß:

„Wir warnen unsre Arbeiterschaft dringend soviel vor dem Besuch dieser Versammlung wie auch vor dem Eintreten als Mitglied in die christliche Gewerkschaft. Um jedoch keinerlei Zweifel über unsre Stellungnahme den Gewerkschaften gegenüber ankommen zu lassen, geben wir schon heute bekannt, daß jeder Arbeiter, der die Versammlungen christlich-nationaler, christlich-sozialer oder sozialdemokratischer Organisationen direkt oder indirekt unterstützt, eine sofortige Kündigung zu erwarten hat.“

Die Bezirksleitung des christlichen Verbandes scheint nun sehr erklärende Meinung gewesen zu sein, daß die Erfahrungen der Kriegszeit auch auf die Leitung dieses Unternehmens eingewirkt haben müssten. Zu dieser Annahme hatte sie um so mehr Grund, als ja die Köln-Rottweiler Pulverbärfabrik der Hauptlieferant des deutschen Heeres ist und als solcher eigentlich sich verpflichtet fühlen müßte, den Burgfrieden zu wahren und die gewerkschaftlichen Organisationen, deren Namen ja Notwendigkeit selbst Minister öffentlich erkannt haben, anders als früher zu bewerten. Der christliche Bezirksleiter küßt fragt deshalb bei der Leitung des Unternehmens an, ob sie das Koalitionsverbot auch fernherin noch auf-

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

gab in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm erster Stelle den Gesamts. und d. s. S. Generalbericht der Generation im Mission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchner Gewerkschaftstag steht noch nicht vorliegen, da eine Reihe von Materialien sich noch im Stadium der Bearbeitungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muss. Ein auszugsweise Bericht sowie eine Uebersicht über die Rassensicherung soll in der nächsten Ausgabe des "Correspondenzblattes" veröffentlicht werden. Beigefügten Berichten führt die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelt sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinimmung nicht zu ergreifen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit an die Rechte bei jüngeren Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Kartenkarte für Unterstützungsleistung erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberechtigt waren, die Wiederaufstellung von Unterstützungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterstützungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Vereinbarkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch nennenswerte Veränderungen stattgefunden haben. Der Wunsch nach einheitlichen Grundzügen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewusst. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

"Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände stark sein würde."

und verschob die Beißabschlusss über positive Einheitsgrundzüge bis zur nächsten Konferenz.

Nach einer Umfrage sind 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Sanktionszurückgekehrt bzw. hatten dieselben nur nicht außer Kraft gelegt, während 31 Gewerkschaften noch wieder die vollen statutarischen Unterstützungen zahlten. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichscentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte des Bundesstaates einzugehen, erfolglos blieben. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundzüge aufgestellt und den Gewerkschaften und Parteien empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es mußte berücksichtigt werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbillige Behandlung ausgesetzt und zur Lohnrükerei verwendet und daß die gewerkschaftlich geregelten Wohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausübung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Bildhauerarbeiten erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Bevölkerung. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Entschließungen:

"Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es ausreichend und vollständig, wenn die Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend möglich ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.

Sie befürwortet, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichscentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung geprüft wird, daß

1. zur Beratssitzung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Linderung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der, in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß partikuläre Kommissionen von Unternehmern, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsbeschädigten hinaus eingefest werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind."

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bestätigt, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni dieses Jahres verfügte Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Meldung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. an) sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht verfallen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. R. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweisen, propagierten System von Auskunftszentralen, denn dieser "Sozialpolitischer" versucht bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen, und er mache sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf den Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Rechte genügt den im preußischen Kunderlass vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Übereinstimmung über die Wichtigkeit der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, geben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelt sich neben lokalen Vorlauten vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteieneinheit und der Reichstagaktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Gruppchen, diesen Parteistreit auch in die Gewerkschaftsstreite hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Organisation die Parteieneinheit zu sprengen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteidienst. Gewerkschafter wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterschreiben, und dessen Schluß lautet:

"Die Alternative lautet sogleich: Parteierteilung oder Parteizerrüttung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsfähigkeit ausdrücken, wenn wir fordern, daß Partei und Parteidienst endgültig ohne Rändern dem Parteidienst Inhalt tun, den Bündniedrigungen aufzeigen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteileitlinie, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die obhutige Bahn getrieben haben und deren dorau erhalten wollen."

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 29 des "Gesetzblattes" publizierten "Gesetzesantrag"

beschäftigt, auch im wirtschaftlichen Bereich ist es viele Fragen gebracht. Das haben auch die gezeigten Papier- und Zellstofffabrikanten eingesehen.

Neben der vom Verein deutscher Papierfabrikanten beschlossenen allgemeinen Preiserhöhung haben die Papier- und Zellstofffabrikanten ihre Preise um 10 bis 15 Prozent, die Normalpapierfabrikanten um 10 Prozent, die Zellstofffabrikanten um 10 Prozent, das Druckpapierindustrie um 10 bis 15 Prozent, die Lichtpapierfabrikanten um 10 Prozent und die Tapetenfabrikanten um 15 Prozent erhöht. Die Normalpapierfabrikanten haben erst am 16. Juni d. J. eine weitere Preiserhöhung von 10 Prozent vorgenommen.

Wenn auch die Preiserhöhungen zum Teil durch Erhöhung sämtlicher Rohmaterialpreise wieder ausgeglichen werden, so haben es die Papierindustriellen doch nur ihrer Einigkeit zu verdanken, daß überhaupt ein Ausgleich für die Preiserhöhungen auf die Rohmaterialien möglich war.

Die Einigkeit der Unternehmer darf auch auf die Arbeiter nicht ohne Einfluß bleiben. Dieselben Mittel, die dem Unternehmertum zum Zielpunkt verholfen haben, müssen auch bei der Arbeiterschaft eine Erhöhung ihres Einkommens für die gesunkenen Kaufkraft des Geldes herbeiführen. Die Einigkeit der Papierarbeiter kann aber nur dann herbeigeführt werden, wenn unsre in den heimatlichen Gefilden zurückgebliebenen Freunde unablässig neue Kämpfe für den Verband werben. Wehe der Arbeiterschaft, die dem Ruf der Einigkeit nicht gefolgt hat, die trotz der auf den Schlachtfeldern Europas durch die Einigkeit errungenen Siege noch immer egoistische Ziele verfolgt! Wer sich als einzelner auf Kosten seiner Mitarbeiter zu bereichern sucht, der wird auch nach dem Kriege geziichtet werden!

Der Patriot verlangt starke Heere zum Schutz seines Vaterlandes, zum Schutz seiner Interessen. Die Arbeiterschaft ist verpflichtet, zum Schutz der Arbeit starke Gewerkschaften zu schaffen. Nur ein stark organisierter Arbeiterschaft bietet eine Gewähr für die Anerkennung der berechtigten Arbeitersforderungen. Daran mitzuwirken im Verbande der Fabrikarbeiter ist die Pflicht der in der Heimat gebliebenen Papierarbeiter!

Die Sanierung der Aschaffenburger Aktiengesellschaft für Maschinennpapierfabrikation.

Wie bereits in Nr. 25 des "Proletariers" mitgeteilt wurde, beabsichtigte eine Aktiengruppe der Aschaffenburger Aktiengesellschaft für Maschinennpapierfabrikation gegen den aus dem Vorstande der Gesellschaft ausgeschiedenen Generaldirektor, Kommerzienrat Franz Dössauer, die Schadensersatzklage einzurichten, weil durch dessen Geschäftsgeschäfte die Gesellschaft einen Verlust von angeblich 3730 000 Mk. erlitten haben soll. Eine am 22. Juni in Berlin tagende Generalversammlung der Gesellschaft, an welcher Kommerzienrat Dössauer unter Missverstehen seines Rechtsbeistandes teilnahm, besetzte sich mit der Geschäftsführung der früheren Direktion. Dieselbe scheint, um Aschaffenburg an die Spitze der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie zu stellen, durch Täuschung oder Gewährung von Privileien an faule Unternehmungen ohne Bewilligung des Aufsichtsrats ihre Kompetenz überschritten zu haben. Nach dem Berichte des Aufsichtsrats sei für die Gründung der Fälliger Papierfabrik kein vernünftiger Grund vorhanden, zumal schon die Vorbesitzerin, die Firma Mayburg, an Aschaffenburg und an einer Bank überschuldet gewesen sei. Dieses Unternehmen sei von dem Vorstande ohne Wissen und Willen des Aufsichtsrats erworben worden. Zulich erforderne jetzt 400 000 Mk. Abschreibungen und 1 350 000 Mk. Bürgschafts- und Forderungsbeträge. Der Bank, welcher die Firma Mayburg 500 000 Mk. Schulde, garantierte Dössauer in Gemeinschaft mit einem Provinzien diesen Beitrag. Obwohl das Unternehmen nicht rentabel war, erhielt der Vorbesitzer eine lebenslängliche Rente von 6000 Mk. im Falle seines Ablebens seine Witwe eine niedrigere Rente garantiert. Die Dureiner Papierfabrik erfordert 100 000 Mk. für Abschreibungen. Auch dieses Unternehmen erhält größere Rendite ohne Genehmigung des Aufsichtsrats bewilligt. Ebenso habe die "Neue deutsche Verlagsgesellschaft" ungemeinste Baulücken erhalten, wofür 280 000 Mark zur vollständigen Abschreibung verwendet werden sollen. Die Oberbayerischen Papier- und Zellstofffabriken in Redensfelden und Baum bei Miesbach, die im Jahre 1911 für 760 000 Mk. erworben wurden, bilden das "Schmerzenskind" der Aschaffenburger Gesellschaft. Bereits 1913 mußte eine Sanierung dieser Werke vorgenommen werden, wobei 100 Prozent zum Aktienkapital zugezahlt wurden. Bis Ende 1914 war Aschaffenburg an den Redensfelder Werken mit 2 151 000 Mk. Aktienkapital interessiert. Dabei ist für das Geschäftsjahr 1914/15 für Redensfelder wieder eine größere Unterbilanz zu erwarten. Durch Gewährung von Darlehen sei die Gesamtverschuldung Aschaffenburgs an den Oberbayerischen Papier- und Zellstofffabriken, A.-G., auf 10 Millionen Mark angewachsen. Auf diese Summe sollen 2½ Millionen Mark abgeschrieben werden. Ein Frankfurter Bankier warf dem Aufsichtsrat vor, daß der Erwerb von Redensfelden ein Liebesdienst für die Pfälzische Bank gewesen sei. Kommerzienrat Dössauer bestritt überhaupt die Notwendigkeit einer Sanierungslösung. Er habe stets in gutem Glauben und nur um der Sache selbst willen gehandelt. Deshalb sehe er dem Ausgang der gegen ihn gerichteten Schadensersatzklage mit Ruhe entgegen. Gleichzeitig erklärte er sich mit der aus Aktienstreitigen gewünschten Bildung einer Revisionskommission einverstanden. Die Einionäre beschlossen die Einsetzung einer derartigen Kommission und stimmten der Zusammensetzung des Kapitals von 2:1 zu, nachdem vorher die Vorstehre sich geeinigt hatten, der Gesellschaft einen neuen Kredit von vier Millionen zum jeweiligen Banktag einzuräumen. Die Verwaltung rechnet durch diese Zusatzverfügung in Verbindung mit der Redensfelder Transaktion auf eine Jahreserlöse von ¼ Million Mark.

Bei der Bezahlung ihrer Arbeiter war diese Verwaltung keineswegs so sparsam wie bei der Verleihung lebenslänger Rente an ehemalige Fabrikbesitzer. Dabei wurde nach dem Berichte der Verwaltung die Produktion seit dem Eintritt des technischen Generaldirektors Dr. Hosterlid, in die Gesellschaft im Jahre 1909 um 50 Prozent gestiegen. Ein bayerischer Gewerbeinspektor urteilte über das Zustandekommen der Aschaffenburger Papierfabrik folgendermaßen: "Beginnigt wurde dieser mächtige Aufschwung der Aschaffenburger Papierindustrie durch das Geschick, den Fleiß und die Anstrengungsfähigkeit der einheimischen Arbeiterschaft." Wenn trotzdem Aschaffenburg an den Stand des Bankrots gebracht wurde, so ist dieses nur dem spekulativen Wirken der Generaldirektion zuzuschreiben.

Schwerer Unfall in einer Papierfabrik.

Am Sonnabend, dem 3. Juli, nachmittags gegen 4½ Uhr, waren in der Papierfabrik Schäffersellen (Geißendorf) 10 Arbeiter damit beschäftigt, einen schweren Drucker von einem Bodgerüst in eine Mauerwand einzuschieben. Zu dieser Arbeit war ein Gerüst aus Holzen und einem Stock von 2,50 Meter Höhe aufgestellt worden. Dieses Bodgerüst war aber, wie die Bauarbeiterkommission feststellte, nicht vorrichtigmäßig hergestellt. Es fehlte die sogenannte Versteifung, um ein Verschieben des Stockes unmöglich zu machen. Der Drucker lag bereits mit dem einen Ende an der Mauer auf, und die Arbeiter wollten ihn weiter in die Höhe bringen und einzuschieben. Daß bei dieser Arbeit zum Stock sich entwölften, die schwang auf das ungestützte Bodgerüst wirken, ist klar, und dadurch ergab sich das Umstürzen des parallel zur Mauerfront liegenden Gerüstes nach unten und damit ein Abstürzen der auf dem Gerüst befindlichen Arbeiter. Schwer verletzt sind vier Bauarbeiter und ein Maschinenführer. Als Glück ist noch zu betrachten, daß durch den Drucker kein Mensch verletzt wurde. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Unsren Freunden in der Papierindustrie kann das agitatorische Vorgehen der Unternehmer nur dringend zur Rücksicht empfohlen werden, damit auch sie nach Beendigung des Krieges wieder gerüstet dastehen, bereit, sich die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erkämpfen. "Einigkeit macht stark!" Dieses Sprichwort hat nur nicht nur auf den Schlachtfeldern Europas

erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Berürkelungen der gemeinschaftlichen Interessen des Kriegsvergnügs schlie, einmäig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluss gelangte:

"Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im 'Cor. Blatt' veröffentlichten Erklärung, die sie gegen die Sonderbündel richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen. Uneinigkeit und Berippliterierung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.

Nur eine einzige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergrößen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteidorstande eingenommen ist, für diejenigen, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dienen.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wollen der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben."

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung des Führers in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegsstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Wohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegshilfsgesetzgebung eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsver sicherungsamtes, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn der Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht besteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Änderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz geeignete Vorschläge für eine Änderung der Gewerkschaftsregelungen vorbereitet werden.

Am Schluß wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: "Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken." Der Antrag fand fast allgemeine Zustimmung in der Diskussion. Es wurde beschlossen, daß die von der Genossin Bettina redigierte, 'Gleichheit' für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufrufungen eine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen.

Die Generalkommission wurde beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugesetzt.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Der Metallarbeiterverband hat trotz des Kriegsstandes seine jährliche Generalversammlung in der Woche vom 28. Juni bis 3. Juli in Berlin abgehalten. Wie der Verbandsvorsitzende Schäfer (Stuttgart) in seiner Eröffnungsrede erklärte, hat der Vorstand die Generalversammlung einberufen, weil er glaubte, nicht allein die Verantwortung für weitergehende Maßnahmen, die der Krieg nötig mache, tragen zu dürfen. Zum Begründungsort befahl die Generalversammlung die teilweise Biedererfüllung der Krankenunterstützung. Es soll vom 1. August d. J. an nach längiger Vorbereitung die Hälfte der statutären Summe auf die Dauer von 20 Wochen ausbezahlt werden; ferner wurde eine Stoffauslang der Beiträge eingeführt. Der 30-Pf.-Klasse sollen, wie bisher, die weiblichen Mitglieder, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren angehören. Erwachsene Mitglieder, die nicht mehr als 24 M. wöchentlich verdienen, bezahlen 50 Pf., und die mit einem Sonnenlohn von über 24 M. bezahlen 70 Pf. Beitrag pro Woche. Es steht den Mitgliedern, die bis 24 M. verdienen, frei, in die 70-Pf.-Klasse einzutreten, auch durch weibliche Mitglieder in die 50-Pf.-Klasse einzutreten. Die Unterstützungen wurden den Beiträgen entsprechend gestellt.

Über den Stand: "Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften" hielt der Verbandsvorsitzende Schäfer ein interessantes Referat. Er betonte, die heimischen Volk sei Ausdruck des Krieges entzückter hoffener Bürger seien gar beliebt und respektabel. Nicht nur die Wehr, während eines uns ungewöhnlichen Krieges durchzuhalten, sondern vielmehr die gerade bei Ausbruch des Krieges momentane einsetzende Verbesserung mache gar zu bemerkbar, daß eine Einigkeit des Volkes nur durch Ausbildung jugendlicher Verantwortung auf die Dauer möglich sei. Diese hat aber zur Voraussetzung die Ausbildung voller Gleichverteilung aller Mitglieder des Gewerkschafts. In den ersten Tagen des Krieges habe es gefehlt, daß ein deutscher Soldat unter den Händen des deutschen Volles befehle, das Allgemeinwohl dem Einzelwohl vorzorgeben würde. Es sei aber bald anders geworden. Der Generalrat unserer Freiheit des Unternehmens habe sich als Scholl und Stark erweisen. Schäfer behauptete dann die Arbeitslosen nach Kriegsausbruch, die Arbeitsversetzung, und besonders die Pflicht der Gewerkschaften, Arbeitslosenfürsorge-Einrichtungen zu gründen und auszubauen. Im Schluß seiner Ansprechungen sagte er (noch vor Bekanntheit des Tagesspieges): "Wir haben keine Ursache, in die Behauptung einzutreten, daß das soziale Gewissen durch den Krieg in viele Kreise getragen und ein tiefer geworden sei. Das kann so oftens Wagnis der Regierung, der Bevölkerung der Unternehmer, welche Widerstände zu überwinden sind." Die Generalversammlung stimmte den Ausführungen zu und nahm eine Resolution an, in der die Pflicht des Staates und der Gewerkschaft betont wird, für die Arbeitslosenfürsorge und Verbesserung des Krieges durch Errichtung von Arbeitslosenfürsorge-Einrichtungen Verpflichtung zu treten.

Wie vor Beginn der Tagung nahm die Generalversammlung zwei folgende Schlußresolutionen ein:

Die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes protestiert gegen die jüdische antisemitisch-synagogale Beleidigung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Städten der bayerischen Reichspräsidentenwaltung.

Die von der bayerischen Reichspräsidentenwaltung für die antisemitisch-synagogale Beleidigung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes erlassene jeder jüdischen Gewerkschaft. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat sich, als ein Teil der bayerischen Gewerkschaften, als eine große soziale und wirtschaftliche Minderheit erachtet. Die Gewerkschaft und Regierungserklärung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat keinen dazu beigetragen, die positive Wirkung zu haben, während die bayerische Reichspräsidentenwaltung durch Erneuerung der antisemitisch-synagogalen Beleidigung zu verstehen.

Der Erhaltung der jüdischen Mitglieder unter Zeit ist die soziale Gleichverteilung einer Gewerkschaft erforderlich. Es ist wichtig dieser Tatsache zu entsprechen, da die Generalversammlung die Abhaltung des Krieges.

Die Reichsregierung erachtet die bayerischen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Feinde des Volkes und setzt sie inhaft. Diese Tatsache wird in seinem Schlußwort einer Stellungnahme der Gewerkschaften des Metallarbeiterverbandes. Dies erstaunliche Ergebnis bestätigt die Behauptung, daß der Verband nicht nur im Interesse der bayerischen Mitglieder steht, sondern dass er auch als ein Teil der internationalen Gewerkschaft. Wenn die jüdische Minderheit bestimmt sei nach der Verhandlung nur neuen Schaden und neuen Kampf zu leiden, dann werde für die Regierungspartei die Partei stehen: Demokratie ist zur Stütze!

Berichte aus den Zählstellen.

Während die Direktion der bayerischen Gewerkschaften große Mengen Kartoffeln angeliefert hatte, welche durch unzureichende Einlagerung zu verderben drohten, so wurde schnell zum Trockenlagern gebracht. Die Arbeiterkästen wurden durch Kartoffelschäden kommandiert, wofür sie pro Tag mit 150 M. entlohnt wurden. Das waren die Frauen noch gern, weil es eine leichte Arbeit war; als aber die Kartoffeln gesalzt und einige Stunden — in den Morgen geholt waren, wurden die Frauen angehalten, im Betriebe zu arbeiten, weil sie da lebten (?). Arbeit und mehr Lohn erhielten. Auch darauf gingen die Frauen ein und es war eine Freude, sie mit der Schaufel am Durchwerten oder doch eben auf der Gangebahn beim Wagenziehen zu sehen, wie sie alles daran setzten, sich die Befriedenheit ihrer Vorgesetzten zu erwerben, um so den berührten höheren Lohn auch willkürlich zu verdauen und geleitet von dem Wunsche, durch das höhere Einkommen ihre Familien bei der jetzigen Zeit etwas leichter durchzuhalten. Da es jedoch mit der leichten Arbeit nichts war, so trauten sie auch dem Landstreben in bezug auf die höheren Löhne nicht recht und brachten stets ihren Vorgesetzten: "Was erhalten wir denn bezahlt?" Als sie nun am Mittwoch erfuhrn, daß sie pro Tag 1,80 M. (also doch mehr als beim Kartoffelschäden) erhalten sollten, war es vorbei mit der Arbeitsfreudigkeit. Am Donnerstag früh waren von 14 Frauen nur noch zwei vorhanden, die für den höheren Lohn weiter arbeiteten. Zwölf Frauen verzichteten auf diesen hohen Lohn, trotzdem ihnen der Betriebsleiter indirekt androhte, daß sie dann auch wahrscheinlich kein Essen (darin besteht die Fabrikunterhaltung für die Familien der Eingezogenen) mehr erhalten würden. Nur Illustration sei noch angeführt, daß die im Betriebe beschäftigten müssen zum Teil noch weniger leisten, der Firma aber pro Tag über 4 M. kosten, und daß ein Arbeiter einen Stundenlohn von 40 Pf. bekommen müsste. Wenn nicht also das Wohlwollen der Firma? Die Frauen sind der Meinung, daß die Antwort von ihren Männern zu geben ist, soweit sie nicht ihr Leben im Felde lassen müssen. Hoffen wir, daß sie recht behalten.

Rückzug. Am 2. August 1914 betrug die Zahl unserer Mitglieder 304, davon war der größte Teil in einem Großbetriebe, der kleinere Teil in vier Kleinbetrieben befaßt. Zum Heeresdienst wurden im Monat August 1914 80 Kollegen eingezogen; die Zahl stieg dann nach und nach bis Ende Mai dieses Jahres auf 188. Wie an allen andern Orten, so wurde auch bei uns in den vier Kleinbetrieben gleich, nach Ausspruch des Krieges die Arbeit eingestellt, dagegen konnte die große chemische Fabrik Hohenwestedt fast vollständig aufrecht erhalten, da sie zum Teil mit Heeresvorräten bedacht wurde. In diesem Betriebe machte sich sogar recht bald ein sehr empfindlicher Mangel an Arbeitern bemerkbar, so daß die Belegschaft fast ausschließlich aus älteren oder jugendlichen Arbeitern bestand. Unter diesen Umständen hatte besonders auch unsere Agitation zu leiden, weil es schwer war, tüchtige Kollegen zur Mitarbeit zu finden und viele der besten Kräfte im Felde standen.

Die enorme Steigerung aller Lebensmittelpreise veranlaßte die Arbeiterschaft der chemischen Fabrik, eine Einzade an die Firma zu richten zwecks Bahnung einer Leistungszulage. Zwei Betriebsversammlungen beschäftigten sich mit dieser Frage. In der ersten wurde beschlossen, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, die Wünsche der Arbeiter der Betriebsleitung zu übermitteln. Die Direktion des Betriebes lehnte jedoch eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß in dieser Frage ab. Sie erklärte begründet, daß es die jetzigen Verhältnisse nicht gestatteten, weitere Anwendungen zu machen. Besonders entgegenkommend war dies für die Arbeiter gerade nicht, und so beschloß denn auch eine zweite Betriebsversammlung, in der unter anderem das Verhalten der Firma kritisch beprobt wurde, den Arbeiterausschuß nochmals zu beauftragen, bei der Firma vorstellig zu werden. Dies geschah denn auch, und der Erfolg war, daß nunmehr die Firma den erwachsenen Arbeitern eine Zulage von 20 Pf. pro Tag gewährte. Den Jugendlichen wurde eine Zulage nicht gegeben, da diese schon vorher eine wesentliche Zulage erhalten haben. Durch Antrag wurde ferner bekanntgegeben, daß es dieses Jahr infolge des starken Arbeitermangels keine Ferien geben könnte.

Nicht unterschlagen darf es einige Werksbeamte, sich in die Versammlungen der Arbeiter zu begeben, jedenfalls um zu hören, was denn nun die Arbeiter sagen und beschließen werden. Die Arbeiter waren jedoch der Meinung, daß Werksbeamte nicht eingeladen seien, und so wurden diese aufgefordert, das Portal zu verlassen, was denn auch geschah. Diesem Umstand ist es auch wohl zugutezuordnen, daß gegen den Bevollmächtigten der Firma eine Verhandlung eingeleitet wurde wegen Abhalts nicht angedeckter Versammlungen. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dresden hat jedoch auf Beschluss die Anklage auf, damit bestätigt, daß auch jetzt Betriebsversammlungen nicht anmeldepflichtig sind, wenn sich diese mit Wahlfragen befaßt.

Durch die fortwährenden Einberufungen zum Heere werden die Säulen innerhalb der Organisation immer größer, was uns bereits veranlaßt, Frauen als Hilfsklassenmitglieder einzustellen. In der Verwaltung selbst ist ein weitausgreicher Wechsel noch nicht eingetreten, doch wird es nicht lange dauern, so daß auch hier Schag für die noch ins Feld rückenden Kollegen geschaffen werden. Sowohl uns die Adressen der einberufenen Kollegen zur Verfügung stehen, erhalten diese die Verbandszeitung ins Feld; fast alle 14 Tage gegen 200 Exemplare hinaus, in daß die Kollegen immer über den Stand der Organisation unterrichtet sind. Aus den vielen Briefen und Karten, die wir aus dem Felde erhalten, geht unzweideutig hervor, daß der größte Teil unserer Kollegen auch in der Tat sie ja überaus schwieriger Zeit sowohl das lebensnotwendige Interesse ihrem Verband entgegenbringt. Möchte dies unter ein Apporto für die Daseinsgebliebenen sein, dann wird es auch wieder vorwärts gehen.

Von den 118 einberufenen Mitgliedern waren 118 verheiratet und 20 ledig; 12 Kollegen waren besonders tüchtig funktionär. Leider haben bereits 6 Mitglieder den Tod gefunden.

Unterstützungen wurden ausgeschüttet: In in Rot Gerolzene 80 M., an Kriegerjägern 352 M., an Arbeitsschule 451,15 M., an Kranken 120,20 M., Säumer: 100,35 M. Am 2. August 1914 bis 29. Mai 1915 sind eingezogen 19, entzweit 1, abgetrennt 2 Mitglieder, übergetreten 1, aufgestiegen 1 Mitglied; es bleibten demnach als Besatz 158 männliche, 21 weibliche, zusammen also 174 Mitglieder. Arbeitsschule hatten wir während des Berichtsjahr 16 Mitglieder.

Durch die fortwährenden Einberufungen zum Heere werden die Säulen innerhalb der Organisation immer größer, was uns bereits veranlaßt, Frauen als Hilfsklassenmitglieder einzustellen. In der Verwaltung selbst ist ein weitausgreicher Wechsel noch nicht eingetreten, doch wird es nicht lange dauern, so daß auch hier Schag für die noch ins Feld rückenden Kollegen geschaffen werden. Sowohl uns die Adressen der einberufenen Kollegen zur Verfügung stehen, erhalten diese die Verbandszeitung ins Feld; fast alle 14 Tage gegen 200 Exemplare hinaus, in daß die Kollegen immer über den Stand der Organisation unterrichtet sind. Aus den vielen Briefen und Karten, die wir aus dem Felde erhalten, geht unzweideutig hervor, daß der größte Teil unserer Kollegen auch in der Tat sie ja überaus schwieriger Zeit sowohl das lebensnotwendige Interesse ihrem Verband entgegenbringt. Möchte dies unter ein Apporto für die Daseinsgebliebenen sein, dann wird es auch wieder vorwärts gehen.

Von den 118 einberufenen Mitgliedern waren 118 verheiratet und 20 ledig; 12 Kollegen waren besonders tüchtig funktionär. Leider haben bereits 6 Mitglieder den Tod gefunden.

Unterstützungen wurden ausgeschüttet: In in Rot Gerolzene 80 M., an Arbeitsschule 451,15 M., an Kranken 120,20 M., Säumer: 100,35 M. Am 2. August 1914 bis 29. Mai 1915 sind eingezogen 19, entzweit 1, abgetrennt 2 Mitglieder, übergetreten 1, aufgestiegen 1 Mitglied; es bleibten demnach als Besatz 158 männliche, 21 weibliche, zusammen also 174 Mitglieder. Arbeitsschule hatten wir während des Berichtsjahr 16 Mitglieder.

Durch die fortwährenden Einberufungen zum Heere werden die Säulen innerhalb der Organisation immer größer, was uns bereits veranlaßt,

Frage, ob der Preis angemessen ist, die Dienstpostabrechnung in Würzburg bei Stadttagen zu erledigen.

Es ist bezeichnend, daß eine jüngste Verfügung in den Zeitungen über Hauptstellen verordnet wurde, daß diese durch unzureichende Kontrolle einbrechen würden. Es wird sehr schwer sein, eine so starke und bauende Kontrolle zu haben, daß auch nur ein erheblicher Teil der breiten Bevölkerung die Verordnung zeigt, daß das Generalkommando den Widerstand erkannt hat und Wohlfeile fordert will.

Verbandsnachrichten.

Adressen-Vereinigte.

Viele Zählstellen lieben öfters die Adressen-Karten, ohne daß überhaupt Veränderungen erfolgen. Das ist nicht notwendig. Die Einwendung braucht nur zu erfolgen, wenn eine oder mehrere Adressen geändert werden müssen. Auch ist es nicht notwendig, alle Bevollmächtigten immer auss neue bestimmt zu geben; es genügt, wenn über die neu gewählten Bevollmächtigten berichtet wird.

Die Annahme neuer Bevollmächtigter muss aber sofort erfolgen.

Vom 6. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Halle 1053,17. Wittenberg 581,49. Sebnitz 496,04. Greifswald 470,63. Bielefeld 470,57. Blankenburg 440,44. Gladbach 422,11. Salze 372,28. Bunsdorf 370,79. Bismarck 329,54. Nienburg 312,92. Waltershausen 306,60. Schwanau 276,64. Brandenburg 270,01. Landsberg 237,38. Wolfsburg 184,91. Rottbus 183,61. Müglitz 6, D: 172,03. Magdeburg 120,19. Melle 113,44. Lehrte 95,70. Haldensleben 93,60. Goldberg 88,08. Greifswald 66,10. Lüdenscheid i. B. 62,32. Bütow i. B. 60,74. Wedel 49,67. Gelsenkirchen 47,90. Detmold 48,77. Neubrandenburg 40,—. Ulrich 30,61. Meiningen 30,25. Görlitz 20,35. Münchberg 20,22. Dorsten 12,45. Rötha 10,19. Altenburg 93,46. Mühlhausen i. Th. 4,89. Bürstadt 80. Sonnenberg 93,00. Gütersloh 469,08. Barth 324,57. Ainstorf 294,51. Breslau 281,70. Schöningen 270,13. Torgau 181,44. Ebersdorf 181,91. Elsterwerda 188,88. Neubrandenburg 106,12. Schwedt 101,02. Dörfel 8, D: 80,05. Wehlau 77,33. Dommitzsch 73,58. Marienstein 67,03. Gräfenberg 62,17. Guben 62,13. Neustadt 47,55. Burg b. M. 38,93. Bechitzburg 38,46. Pyrmont 28,12. Bonn 27,17. Solingen 27,07. Boote 26,41. Strelitz 9, M. 13,36. Döbeln 3,10. Mainz 163,84. Plauenscher Grund 800,—. Hirschberg 528,52. Brunsbüttelkloog 451,30. Rietz 422,33. Plauen i. S. 808,97. Arnstadt 280,93. Osterholz 171,80. Egeln 160,85. Zwickau 144,73. Lüdenscheid 123,05. Bützenau 80,10. Mühlheim 74,62. Ellrich 59,12. Mühlheim 56,45. Friedland 6, Br. 64,26. Straßburg 52,46. Müllheim 40,71. Schönberg 35,01. Wittenstein 22,68. Wurzbach 21,71. Böhlhube 19,24. Simeon 11,44. Braunschweig 511,73. Riel 236,61. Merseburg 182,44. Melkendorf 187,63. Belsen 79,13. Wismar 539,01. Küppersberg 427,08. Wunsiedel 426,35. Drieg 375,05. Aue 354,44. Schneidewitz 266,87. Kempen 170,—. Uelz 163,91. Hennersdorf 157,36. Seligenstadt 136,46. Weferlingen 74,18. Hainstadt 64,40. Dortmund 53,81. Maudach 50,—. Wallhausen 28,18. Eichsfeld 20,95. Hohenwestedt 14,86. Neustadt a. d. Orla 5,05. Nordhausen 2,19. Berlin —. Singen 368,09. Finsterwalde 306,29. Langenmünde 286,74. Strelitz 108,82. Pforzheim 37,14. Neuburg 20,05. Mannheim 4,50. Müglitz 5, Br. 2,60. Bernburg 75,17. Darmstadt 321,—. Bergedorf 864,44